

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachm. 6 Uhr für den gew. Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und bei Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Post 2,50 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. wöchentlich 75 Pf. Die Postanweisung ist zu richten an: Wilsdruff u. Umgegend. Die Geschäftsstelle befindet sich in Wilsdruff, Markt 1. Die Redaktion ist ebenfalls in Wilsdruff, Markt 1. Die Druckerei befindet sich in Wilsdruff, Markt 1. Die Anzeigen werden in der 1. Spalte zu jeber Zeit angenommen. Die Anzeigen werden in der 1. Spalte zu jeber Zeit angenommen. Die Anzeigen werden in der 1. Spalte zu jeber Zeit angenommen.

Ungeheuerpreis: Die 4-spaltige Nummer 20 Goldpfennig, die 4-spaltige Seite der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 2-spaltige Seite 20 Goldpfennig, die 1-spaltige Seite 10 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Redaktion ist ebenfalls in Wilsdruff, Markt 1. Die Druckerei befindet sich in Wilsdruff, Markt 1. Die Anzeigen werden in der 1. Spalte zu jeber Zeit angenommen.

Nr. 248. — 85. Jahrgang. Telegr.-Abt.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach Dresden 2640 Freitag, den 22. Oktober 1926

Beibehaltung der Militärkontrolle.

Gegen die Politik von Thoiry.

Nach einer Meldung der französischen Agentur Havas hat die Völkervereinigung in Paris soeben einen ziemlich bedeutenden Beschluss gefasst, der sich mit der Entlassung Deutschlands beschäftigt und in ziemlichem Gegensatz zu der in Locarno, Genf und Thoiry angebahnten Politik stehen würde. Die Agentur Havas berichtet über die Sitzung der Völkervereinigung am Mittwoch:

Es sei eine Anzahl von Berichten betreffend die Entlassung Deutschlands zur Kenntnis genommen worden. Die Berichte behandelten verschiedene Punkte, in denen die Kontrollkommission weiterhin der Ansicht sei, dass sie von der deutschen Regierung noch nicht befriedigt worden sei. Es handelte sich insbesondere um die Organisation des Oberkommandos, hinsichtlich dessen übrigens der Rücktritt des Generals von Seeckt und die von seinem Nachfolger angenommenen Direktiven tatsächlich einige Beruhigung gebracht hätten. Die illegalen Rekrutierungen, die zur Demission des Generals Seeckt geführt hätten, beschäftigten gleichfalls die Konferenz. Es handelte sich noch um die Herstellung und die Ausführung von Kriegsmaterial, die Organisation der Polizei, die Veräußerung gewisser militärischer Gebäude, die Befestigung von Königsberg, die sogenannten Sportverbände, die in Wirklichkeit militärische Ziele verfolgten. Erst wenn die Kontrollkommission der Völkervereinigung mitgeteilt habe, dass sie in allen diesen Punkten befriedigt worden sei, werde die Völkervereinigung den Völkervereinigung ersuchen können, die Aufgaben der Militärkontrolle in Deutschland zu übernehmen, wie dies in Locarno ins Auge gefasst worden sei.

Der Reichsregierung liegt noch keine amtliche Mitteilung über diese Beschlüsse der Völkervereinigung vor, doch ist an ihrer Tatsache kaum zu zweifeln. Der auswärtige Ausschuss des Reichstages ist zum 26. Oktober einberufen und es ist kaum daran zu zweifeln, dass bei dieser Gelegenheit die Stellungnahme der Reichsregierung zu den aufsehenerregenden Entscheidungen der Pariser Völkervereinigung klar umrissen wird.

Halbamtliche deutsche Erklärungen.

Von zuständiger Stelle wird zu den einzelnen Punkten der Havas-Veröffentlichung festgestellt, dass irgendwelche Änderungen in der Stellung des Chefs der Heeresleitung nicht vorgenommen worden und auch nicht mehr zu erwarten sind. Nachdem bereits im Juli mit der Segensseite darüber eine geproben wurde, ist die Ansetzung ist es, wenn davon gegeben seien, dass dem Nachfolger Seeckts, dem Generalleutnant Heine, bei der Übernahme seines Amtes Direktiven gegeben seien, die „einige Beruhigung gebracht hätten“. Für die Reichsregierung ist die Frage der Stellung des Chefs der Heeresleitung durch die Neuordnung des Oberbefehls endgültig erledigt. Ferner muss man darauf hinweisen, dass die Demission des Generals v. Seeckt wegen der Einstellung des Kronprinzensohns als Zeitfreiwilliger gezeit hat, dass der Reichswehrminister nicht gewillt ist, illegale Rekrutierungen dulden. Über die Frage des Handels mit Kriegsmaterial sind die Verhandlungen noch im Gange, das gleiche wird noch verhandelt über die Forderungen der Segensseite bezüglich der Polizeiorganisation. Was die Bewertung ehemaliger Kasernen anbelangt, so kann die Regierung nachweisen, dass sie sich wiederholt um den Verkauf dieser Gebäude bemüht hat, jedoch bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage und Finanzlage ohne Erfolg. Einer der wesentlichsten Streitpunkte scheint nach wie vor die Frage der Sportverbände zu sein. Hier verweist man seitens der zuständigen Stellen auf das Märzgesetz vom Jahre 1922, das militärisch organisierte Verbände verbietet. Die Erklärungen für dieses Gesetz liegt bei den Ländern. Man kann nur wünschen, dass die Länderregierungen, soweit das nicht geschehen ist, alles tun, um diesen wirklich überflüssigen Streitpunkt aus der Welt zu schaffen.

Der Reichspräsident in Bremen.

Lebhafte Ovationen für Hindenburg.
Die Ankunft des Reichspräsidenten und seiner Begleitung zum Besuch der Freien und Hansestadt Bremen ist am Donnerstag morgen erfolgt. Es herrschte trotz der nebeligen Wetter bei 5 Grad unter Null. Der Reichspräsident schritt nach dem Empfang durch den Senatspräsidenten, Dr. Donandt, auf dem von Tausenden von Zuschauern umflossenen Bahnhofsplatz, mit stürmischen Hochrufen begrüßt, die Front der Ehrenkompagnie ab und verweilte längere Zeit bei den in großer Zahl erschienenen Aktivisten und nahm sodann den Vorbeimarsch entgegen. Darauf trat der Reichspräsident mit seiner Begleitung die Fahrt durch die festlich geschmückten Straßen nach dem Rathaus an, überall von der sparsam gebildeten Menge und von der Schuljugend mit lebhaften Ovationen herzlich begrüßt. Im Rathaus wurde der Reichspräsident vom Senat und dem Präsidium der Bürgerschaft empfangen. Nach dem Empfang begab sich der Reichspräsident

Noch immer nicht befriedigt.

Zu den Schlussfolgerungen der Völkervereinigung in Paris wird uns von besonderer Seite geschrieben:

Der soeben gefasste Beschluss der Pariser Völkervereinigung zeigt mit betrübender Deutlichkeit, dass wir in der Frage, wann die internationale Militärkontrolle in Deutschland ihr Ende erreicht, trotz Locarno, Genf und Thoiry kaum einen Schritt vorwärts gekommen sind. Die Völkervereinigung besteht aus ihrem Schein, von irgendeinem Gegenkommen ist nicht die Rede. Man hat wieder einmal festgestellt, dass Deutschland noch längst nicht so abgerufen habe, wie die Entente es verlange. Diese Forderungen der Entente sind nämlich das Maßgebende, nicht etwa die Versämler Bestimmungen über die deutsche Entwaffnung. Auf der Völkervereinigung ist man so gütig gewesen, sich wenigstens mit der Neuordnung des Oberkommandos befriedigt zu erklären. Aber man ist „unbefriedigt“, sehr unbefriedigt über noch alle möglichen Punkte, deren Nichterfüllung anscheinend den Frieden in Europa bedroht, trotz unseres Eintritts in den Völkervereinigung und des Vertrages von Locarno.

Da ist zum Beispiel die Frage der Rekrutierung, die in Paris ernstes Kopfschütteln erregte, weil ein Prinz ein Manöver mitemachte. Da verlangt man weiter eine Umorganisation der Schutzpolizei, hat sich immer noch nicht beruhigt über die Streitfrage, ob nicht auf der „Festung Königsberg“ die zwanzig dort befindlichen Kanonen auf festen oder etwa beweglichen Plattformen stehen. Da hat man ferner allerlei in deutschen Zeitungen und Zeitschriften gelesen über die Herstellung und die Ausführung gewaltiger Mengen von Kriegsmaterial, die Deutschland deswegen ins Ausland führe, um sie dort aufzubewahren. Da haben auch noch die angeblichen Vorbereitungen der „Sportverbände“ herum, obwohl soeben das Reichsgericht entschieden hat, dass weder der Sportklub „Olympia“ noch der „Biking“, die aus politischen Gründen in Preußen verboten wurden, sich mit militärischen Vorbereitungen beschäftigen.

Auffallend war es ja schon, dass auch gegen Österreich vor einiger Zeit von der Völkervereinigung ein überraschender Vorstoß in der Entwaffnungsfrage erfolgte und dass man dort sogar eine Riesemenge von Maschinen beschlagnahmte, die angeblich zur Herstellung von Kriegsmaterial dienen könnten. Es dürfte daher an der Zeit sein, nun endlich einmal etwas Tatsächliches über jene angeblichen Verabredungen zu erfahren, um feststellen zu können, wie sie in Erfüllung zu bringen sind mit dem jetzigen Vorstoß der Völkervereinigung. Es ist doch höchst erstaunlich, dass Deutschland im Völkervereinigung, sogar im Völkervereinigung nicht und trotzdem sich die Militärkontrolle gefallen lassen muss, also als eine kriegsverdächtige Macht betrachtet wird. Eine Aufklärung dieser Frage wird sich kaum noch umsetzen lassen, wenn endlich die Verhandlungen von Locarno, Genf und Thoiry Früchte tragen sollen.

Aber all dieses wird nun schon seit über einem Jahr hin und her geredet, Noten und Berichte werden gewechselt, das einzige Fehlen in der Erscheinungen flucht aber ist und bleibt die Militärkontrollkommission. Die Völkervereinigung hat nun beschlossen, die militärische Kontrolle erst dann auf den Völkervereinigung übergeben zu lassen, wenn die Kontrollkommissionen der Entente berichtet haben, dass alle Entwaffnungsbedingungen erfüllt sind. Die deutsche Öffentlichkeit weiß, dass man ebenso in Locarno wie in Genf, wahrscheinlich auch bei der Zusammenkunft in Thoiry, über diese Dinge gesprochen hat, und es ist mitgeteilt worden, dass dies im Geiste der Verständigung erfolgt sei. Es bedeutet daher eine schwere Enttäuschung, wenn sich jetzt herausstellt, dass praktische Folgen daraus nicht erwachsen sind.

Scharfe deutsche Zurückweisung.

Berlin, 21. Oktober. Unter der Überschrift: „Ablehnung des Aufgebots, Adelsstücke und Bagatellen“ schreibt heute das Organ des Außenministers Stresemann, die „Tägliche Rundschau“ zum gestrigen Beschluss der Völkervereinigung: „Der heute veröffentlichte Havas-Notiz über die letzte Sitzung der Völkervereinigung zeigt aufs entschiedenste widerprochen werden. Die Mitteilung der offiziellen Pariser Agentur enthält wesentliche Irrtümer, wobei es sich nicht feststellen lässt, ob es sich hier um ungenaue Wiedergabe der Beschlüsse der Völkervereinigung handelt, oder um Irrtümer, die in den Beschlüssen der Konferenz selbst enthalten sind. Wenn in der Mitteilung gesagt wird, der Rücktritt des Generals v. Seeckt habe in bezug auf die Regelung der kommenden Verhältnisse eine Erleichterung geschaffen, und General Heine habe als Nachfolger Seeckts andere Direktiven angenommen, so muss dem mit aller Entschiedenheit widerprochen werden. Bei dem Rücktritt des Generals v. Seeckt handelte es sich um eine innere politische Angelegenheit, die mit irgendwelchen außenpolitischen Rücksichten nicht das geringste zu tun hat. Daraus geht schon hervor, dass den General Heine keine neuen Direktiven gegeben worden sind. Ein derartiger Schritt wäre auch vollkommen überflüssig, da die Kommando-Verhältnisse der Reichswehr endgültig geregelt worden sind, und zwar so, dass auch die Völkervereinigung keine Einwendungen dagegen erheben hat. Was die angebliche illegale Rekrutierung bei der Reichswehr anlangt, so ist dieser Vorwurf vollkommen unbegründet. Sollte der Versuch gemacht werden, die vorübergehende Einstellung des Prinzen Wilhelm von Preußen in die Reichswehr in diesem Sinne auszulegen, so wäre das über die Nation töricht.“

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Ministererklärungen im Reichstagsausschuss.
Im Reichstagsausschuss für soziale Angelegenheiten, der sich mit der Erwerbslosenfürsorge beschäftigte, gab Reichsarbeitsminister Dr. Brauns im Namen der Reichsregierung eine Erklärung ab, in der es heißt: Die Reichsregierung bleibt bemüht, zusätzliche Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen, insbesondere für die langfristigen Erwerbslosen. Angesichts der Arbeitsmarktlage, ferner der Tatsache, dass in durchaus nicht seltenen Fällen die heutigen Unterhaltungsätze bereits die Löhne übersteigen oder schon sehr nahe an sie heranreichen, hält die Reichsregierung eine allgemeine Erhöhung der Unterhaltungsätze für nicht angängig.

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius führte sodann u. a. aus: Der tiefste Punkt der deutschen Wirtschaftslage kann seit Februar dieses Jahres als überwunden gelten, unsere Wirtschaft befindet sich in einer aufsteigenden Entwicklung. Von einer günstigen Wirtschaftslage sind wir freilich noch weit entfernt. Sodann ging der Minister auf die Erschließung neuer Absatzmärkte durch Eröffnung neuer Kreditwege ein. Zur Frage der weiteren Finanzierung des Aufschwunges erklärte der Minister, dass Verhandlungen im Gange seien und dass die Reichsregierung bemüht sei, die Finanzierungsmöglichkeiten in einem Umfang zu erweitern, der die Ausnutzung der vollen Garantie gestattet.

Reichsfinanzminister Dr. Reinhold schloß sich in der Beurteilung der Wirtschaftslage der Auffassung des Reichswirtschaftsministers an. Die Einnahmen des Reiches haben im ersten Halbjahr gegenüber dem Voranschlag ein Mehr von hundertdreißig Millionen ergeben. Trotzdem ist die Finanzlage immer noch angespannt. Da die Reichsregierung die Beschaffung von Arbeit für den besten Weg zur Behebung der Arbeitslosigkeit hält, hat sie im ordentlichen Haushalt 1926 hierfür hundertacht Millionen Reichsmark vorgesehen. In den Extraordinarien des Nachtragshaushalts sind weitere sehr erhebliche Mittel vorgesehen. Die Mittel sollen im Anleihenwege aufgebracht werden.

Die britische Reichskonferenz.

Ein Freigedächtnis des australischen Premierministers.
Am ersten Arbeitstage der britischen Reichskonferenz hielt Chamberlain eine Rede über die Gesamtpolitik des Britischen Reiches. Über den Inhalt der Rede wird strenges Stillschweigen gewahrt. Es verlautet, dass die Ausführungen Chamberlains das ganze Feld der auswärtigen Beziehungen betrafen. In bezug auf den Locarno-Vertrag hatten seine Ausführungen den Charakter einer Verteidigung, da, wie bekannt, einige der Delegierten der Dominions scharf gegen die in Locarno niedergelegte Politik opponierten. Man nimmt in diplomatischen Kreisen an, dass im Anschluss an diese Rede eine Besprechung über den Abschluss von Verträgen durch Großbritannien und die Haltung der Dominions in bezug auf diese Verträge stattfand.

Auf einem vom Verband der Presse des Britischen Reiches den Teilnehmern an der Reichskonferenz gegebenen Essen führte der australische Premierminister, Bruce, in seiner Antwort auf einen Einspruch aus, der wichtige Grundsatze sei endgültig festgelegt, dass alle sich selbst regierenden Dominions freie und unabhängige

Die Dichtung der Heben.

Erträge erzielen werden können, so sind aber gebräuchlich. Man hat sich mit dem Gedanken, die Dichtung der Heben zu verbessern, in vielen Fällen versucht. Man hat sich mit dem Gedanken, die Dichtung der Heben zu verbessern, in vielen Fällen versucht.

Neues aus Still und Hof.

Neues aus Feld und Garten.

Die Dichtung der Heben.